



AMTSBLATT

FÜR DEN ABFALLENTSORGUNGSVERBAND SCHWARZE ELSTER

Verbandsgebiet:

Landkreis Elbe-Elster und Landkreis Oberspreewald-Lausitz, hier in den kreisangehörigen Städten Senftenberg, Lauchhammer, Schwarzheide und Großräschen mit Ausnahme der Ortsteile Wormlage, Barzig und Woschkow, in den amtsangehörigen Gemeinden der Ämter Ortrand und Ruhland, in der Gemeinde Schipkau sowie in der Gemeinde Neu-Seeland im Ortsteil Bahnsdorf.

Jahrgang: 2

Lauchhammer, 20. Dezember 2023

Nummer: 11

INHALT:

Bekanntmachung der Satzung über die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallentsorgungssatzung - AbfEntS)	Seite 2
Bekanntmachung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallgebührensatzung - AbfGebS)	Seite 26
Bekanntmachung der Entgeltordnung für die Abfallentsorgung auf den Wertstoffhöfen des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Entgeltordnung Wertstoffhöfe)	Seite 41

Impressum:

Herausgeber: Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster, Der Vorstandsvorsteher, Hüttenstraße 1c, 01979 Lauchhammer, Tel.: 03574 / 46 77 0; Fax: 03574/ 46 77 201, E-Mail: aev@schwarze-elster.de; Internet: www.schwarze-elster.de

Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf und ist kostenlos am Sitz des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster, Hüttenstraße 1c, 01979 Lauchhammer, zu den Sprechzeiten erhältlich. Weiterhin besteht die Möglichkeit, das Amtsblatt im Internet unter www.schwarze-elster.de/amtsblatt/ einzusehen und als PDF-Datei herunterzuladen.

**Bekanntmachung der Satzung über die Abfallentsorgung
des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster
(Abfallentsorgungssatzung - AbfEntS)**

Die Verbandsversammlung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster hat in ihrer Sitzung am 15. November 2023 die Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallentsorgungssatzung) beschlossen.

Die nachstehende Satzung über die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallentsorgungssatzung) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die in der Kommunalverfassung enthalten oder aufgrund der Kommunalverfassung erlassen worden sind, unbeachtlich ist, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung gegenüber dem Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die den Mangel ergibt, geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschrift über die Genehmigung oder die öffentliche Bekanntmachung der Satzung verletzt worden ist.

Lauchhammer, 20. Dezember 2023

gez.
Dr. Bernd Dutschmann
Verbandsvorsteher

Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster

(Abfallentsorgungssatzung - AbfEntS)

Aufgrund von § 3 Abs. 3 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg) vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32], S. 2) in der jeweils geltenden Fassung i. V. m. §§ 2, 8 des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes (BbgAbfBodG) vom 6. Juni 1997 (GVBl. I/97 [Nr. 05], S. 40) in der jeweils geltenden Fassung hat die Verbandsversammlung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallentsorgungsverband) in ihrer Sitzung am 15. November 2023 folgende Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallentsorgungssatzung - AbfEntS) beschlossen:

I. Abschnitt Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Grundsätze

- (1) Der Abfallentsorgungsverband entsorgt die in seinem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle im Rahmen der Gesetze nach Maßgabe dieser Satzung.
- (2) Jeder soll durch sein Verhalten dazu beitragen, dass
 - Abfälle vermieden,
 - nicht vermeidbare Abfälle für die Wiederverwendung vorbereitet oder recycelt oder hochwertig verwertet,
 - nicht verwertbare Abfälle umweltverträglich beseitigt werden.

§ 2 Aufgaben der Abfallwirtschaft

- (1) Der Abfallentsorgungsverband betreibt die Abfallentsorgung im Rahmen seiner Pflichten nach dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) vom 24. Februar 2012 in der jeweils geltenden Fassung und dem Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 6. Juni 1997 in der jeweils geltenden Fassung als eine öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Abfallentsorgung umfasst nach Maßgabe des Abfallwirtschaftskonzeptes insbesondere Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen, das Gewinnen von Stoffen oder Energie aus Abfällen (Abfallverwertung) und das Einsammeln, Befördern, Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen. Der Abfallentsorgungsverband kann zuverlässige Dritte mit der Erfüllung seiner Pflichten beauftragen. Die Verantwortlichkeit des Abfallentsorgungsverbandes für die Erfüllung der Pflichten bleibt hiervon unberührt und so lange bestehen, bis die Entsorgung endgültig und ordnungsgemäß abgeschlossen ist.
- (3) Der Abfallentsorgungsverband berät und informiert über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Die Erzeuger und Besitzer von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen werden auf die Nutzung von hochwertigen Verwertungsmöglichkeiten hingewiesen. Im Rahmen der Beratung über die

Abfallverwertung wird insbesondere auf die Pflicht zur getrennten Sammlung von Abfällen und die Rücknahmepflichten hingewiesen. Die Beratung umfasst auch

- die Beratung über die möglichst ressourcenschonende Bereitstellung von Sperrmüll,
- die Information über die Auswirkungen einer Vermüllung oder einer sonstigen nicht ordnungsgemäßen Verwertung und Beseitigung von Abfällen auf die Umwelt und die Beratung über Maßnahmen zur Vermeidung dieser Vermüllung sowie
- die Information über die Auswirkungen einer nicht ordnungsgemäßen Verwertung und Beseitigung von Abfällen auf Abwasseranlagen.

§ 3 Abfallvermeidung

Jeder Benutzer der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen des Abfallentsorgungsverbandes hat die Menge der bei ihm anfallenden Abfälle und ihren Schadstoffgehalt so gering wie nach den Umständen möglich und zumutbar zu halten.

§ 4 Ausgeschlossene Abfälle

(1) Von der Abfallentsorgung durch den Abfallentsorgungsverband sind ausgeschlossen:

- a) gefährliche Abfälle zur Beseitigung i. S. d. Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung – AVV) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379) in der jeweils geltenden Fassung i. V. m. § 48 Satz 1 KrWG von mehr als insgesamt 2.000 kg und Erzeuger pro Kalenderjahr. Nicht von diesem Ausschluss umfasst sind schadstoffhaltige Abfälle aus privaten Haushaltungen, die von ihrer Zusammensetzung gefährlichen Abfällen i. S. v. § 48 KrWG i. V. m. § 3 Abs. 1 AVV entsprechen,
- b) Verpackungen im Sinn von § 7 des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen (Verpackungsgesetz - VerpackG) vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2234) in der jeweils geltenden Fassung, mit Ausnahme der Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter, die nach § 12 VerpackG von der Systembeteiligungspflicht ausgeschlossen sind.
- c) Abfälle aus der Geburtshilfe, Diagnose, Behandlung oder Vorbeugung von Krankheiten beim Menschen und Abfälle aus Forschung, Diagnose, Krankenbehandlung und Vorsorge bei Tieren,

Abfallschlüssel gemäß AVV	
18 01 02	Körperteile und Organe, einschließlich, Blutbeutel und Blutkonserven (außer 18 01 03)

- d) Abfälle der Speiseresteentsorgung aus gastronomischen Einrichtungen und sonstigen lebensmittelverarbeitenden Gewerben, die unter das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (TierNebG) vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82) in seiner jeweils geltenden Fassung fallen.

(2) Vom Einsammeln und Befördern durch den Abfallentsorgungsverband ausgeschlossen sind folgende Abfälle:

1. Die im Kapitel 17 der AVV genannten Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten);
2. Sperrmüll aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten, der nicht den Erfordernissen des § 16 Abs. 5 genügt;

Abfallschlüssel gemäß AVV	
20 03 07	Sperrmüll

3. Aschen und Schlacken in mehr als haushaltsüblich anfallenden Mengen;

Abfallschlüssel gemäß AVV	
10 01 01	Rost- und Kesselasche, Schlacken und Kesselstaub mit Ausnahme von Kesselstaub, der unter 10 01 04 fällt

4. Altmetalle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten, die nicht den Erfordernissen des § 12 Abs. 1 und 3 genügen;

Abfallschlüssel gemäß AVV	
20 01 40	Metalle

5. Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten, soweit sie nicht nach Abs. 1 von der Entsorgung ausgeschlossen bzw. keine hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle sind. Ausgenommen davon ist Sperrmüll, der den Erfordernissen des § 16 Abs. 5 genügt;
6. Elektro- und Elektronikgeräte aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten in mehr als haushaltsüblich anfallenden Mengen sowie Kältegeräte mit einem Nutzvolumen von mehr als 500 l;

Abfallschlüssel gemäß AVV	
20 01 23*	gebrauchte Geräte, die Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthalten
20 01 35*	gebrauchte elektrische und elektronische Geräte, die gefährliche Bauteile enthalten, mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 21 und 20 01 23 fallen
20 01 36	gebrauchte elektrische und elektronische Geräte mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 21, 20 01 23 und 20 01 35 fallen

7. Photovoltaikmodule entsprechend § 13 Abs. 8;
8. Nachtspeicherheizgeräte und -öfen entsprechend § 13 Abs. 8;
9. Leuchtstoffröhren
10. Elektrische Kleingeräte (Abfallschlüssel 20 01 35* und 20 01 36), die in keiner äußeren Abmessung (Länge x Breite x Höhe) größer als 25 cm sind.

Abfallschlüssel gemäß AVV	
19 08 05	Schlämme aus der Behandlung von kommunalem Abwasser

12. Sperrige Bioabfälle entsprechend § 11 Abs. 4

- (3) Abweichend von Abs. 1 und Abs. 2 kann der Abfallentsorgungsverband mit Zustimmung der zuständigen Behörde allgemein, durch amtliche Bekanntmachung oder im Einzelfall durch Anordnung, Abfälle von der Entsorgung insgesamt oder vom Einsammeln und Befördern ausschließen oder einen solchen Ausschluss wieder aufheben. Der Abfallentsorgungsverband soll die Besitzer dieser Abfälle verpflichten, die Abfälle bis zur rechtswirksamen Entscheidung über den Ausschluss auf dem Grundstück, auf dem sie angefallen sind, so zu lagern, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht zu besorgen ist.
- (4) Soweit Abfälle durch den Abfallentsorgungsverband nach Abs. 1 vollständig von der Entsorgung ausgeschlossen sind, dürfen sie den Einrichtungen der öffentlichen Abfallentsorgung nicht überlassen werden. Der Besitzer dieser Abfälle ist zu ihrer ordnungsgemäßen Entsorgung nach dem KrWG verpflichtet.
- (5) Soweit das Einsammeln und Befördern von Abfällen nach Abs. 2 ausgeschlossen ist, sind die Abfälle einer vom Abfallentsorgungsverband zugewiesenen Abfallentsorgungsanlage zu überlassen. Der Abfallentsorgungsverband kann allgemein durch amtliche Bekanntmachung oder durch Anordnung im Einzelfall eine Überlassung an anderen Abfallentsorgungsanlagen oder Annahmestellen bestimmen. Die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen bzw. Annahmestellen bestimmt sich nach den jeweiligen Benutzerordnungen. In den Benutzerordnungen können für die Annahme bestimmter Abfälle nach Art und Menge Beschränkungen vorgesehen sowie eine Vorbehandlung verlangt werden, soweit der ordnungsgemäße Betrieb der entsprechenden Abfallentsorgungsanlage dies erfordert.

§ 5

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes liegenden Grundstücks, auf dem Abfälle anfallen können, ist verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen (Anschlusszwang). Im Rahmen des Anschlusszwangs ist jeder Eigentümer berechtigt, den Anschluss seines Grundstücks an die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes zu verlangen (Anschlussrecht). Den Grundstückseigentümern stehen Erbbauberechtigte, Nießbraucher, die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte gleich.
- (2) Besteht an dem Grundstück ein Erbbaurecht, Wohnungs- oder Teileigentum, ein Dauernutzungs- oder Dauerwohnrecht, Gebäudeeigentum i. S. d. Art. 233 § 4 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) oder ein Nutzungsrecht i. S. d. Art. 233 § 4 Abs. 2 EGBGB, so ist der jeweils Berechtigte abweichend von Absatz 1 anschlusspflichtig. Soweit weder der Eigentümer noch der Berechtigte i. S. d. Satzes 1 im Grundbuch eingetragen oder die Eigentums- und Berechtigungslage ansonsten ungeklärt ist, ist derjenige anschlusspflichtig, der zum Zeitpunkt des Anschlusses Besitzer des betroffenen Grundstücks ist.

- (3) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, ohne Rücksicht auf die Grundbuch- oder Katasterbezeichnung.
- (4) Die Anschlusspflichtigen und alle anderen Erzeuger und Besitzer von Abfällen sind verpflichtet, die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes zu benutzen und Abfälle zu überlassen soweit für die Abfälle die Überlassungspflicht gem. § 17 KrWG besteht, diese der Entsorgungspflicht des Abfallentsorgungsverbandes unterliegen und keine Ausnahme vom Anschlusszwang gemäß § 6 besteht (Benutzungszwang). Im Rahmen der Entsorgungspflicht des Abfallentsorgungsverbandes sind die Anschlusspflichtigen, die Abfallbesitzer und Erzeuger zur Benutzung der Abfallentsorgung berechtigt (Benutzungsrecht). Sind Abfälle lediglich vom Einsammeln und Befördern durch den Abfallentsorgungsverband ausgeschlossen, besteht das Recht und die Pflicht, die Abfälle zu einer vom Abfallentsorgungsverband bestimmten Entsorgungsanlage zu befördern, um diese behandeln, lagern oder ablagern zu lassen.
- (5) Der Anschlusspflichtige hat auf seinem Grundstück nach Maßgabe von § 19 KrWG alle Maßnahmen zu treffen bzw. zu dulden, die erforderlich sind, um eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung sicherzustellen. Insbesondere haben die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen, das Aufstellen der zur Erfassung notwendigen Behältnisse sowie das Betreten des Grundstücks zum Zwecke des Einsammelns und zur Überwachung der Getrennthaltung und Verwertung von Abfällen zu dulden.
- (6) Nach Maßgabe des § 7 Satz 1 der Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (GewAbfV) haben Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen, die nicht verwertet werden, diese dem Abfallentsorgungsverband zu überlassen. Dabei haben sie mindestens einen Abfallbehälter des Abfallentsorgungsverbandes in angemessenem Umfang zu nutzen.

§ 6

Ausnahme vom Anschlusszwang

- (1) Beabsichtigt der Erzeuger oder Besitzer von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen diese in eigenen Anlagen gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 KrWG zu beseitigen, hat er dem Abfallentsorgungsverband eine Ablichtung der Genehmigung der jeweiligen Anlage unaufgefordert zu überlassen.
- (2) Das Benutzungsrecht entfällt in dem Umfang, in dem kein Anschlusszwang besteht.
- (3) Der Abfallentsorgungsverband kann Stichprobenkontrollen durchführen, um zu überprüfen, ob auf dem Grundstück tatsächlich keine Abfälle, für die kein Anschlusszwang bestehen soll, anfallen können.

§ 7

Abfalltrennung

- (1) Um eine Abfallverwertung zu ermöglichen, sind folgende Stoffe getrennt zu entsorgen:
 1. Altpapier (§ 8),
 2. Verkaufsverpackungen (§ 9),
 3. Alttextilien und Federbetten (§ 10),

4. Bioabfälle (§ 11),
 5. Abfälle aus Metall (§ 12),
 6. Elektro- und Elektronikgeräte (§ 13),
 7. Batterien und Akkumulatoren (§ 14),
 8. gefährliche Abfälle (§ 15),
 9. Sperrmüll (§ 16),
 10. Restabfall (§ 17),
 11. Abfälle aus medizinischen Einrichtungen (§ 18),
 12. Bau- und Abbruchabfälle (§ 19).
- (2) Die Abfälle nach Abs. 1 sind getrennt zu überlassen. Die Vermischung getrennt zu überlassender Abfälle und die Vermischung, einschließlich der Verdünnung, gefährlicher Abfälle mit anderen Kategorien von gefährlichen Abfällen oder mit anderen Abfällen, Stoffen oder Materialien ist unzulässig. Werden Abfälle überlassen, bei denen verwertbare Stoffe nach Abs. 1 mit nicht verwertbaren Bestandteilen vermischt wurden, so ist der Abfallentsorgungsverband berechtigt, eine Trennung der verwertbaren Bestandteile auf Kosten des Abfallbesitzers durchzuführen.

II. Abschnitt Art und Weise der Entsorgung

§ 8 Altpapier

- (1) Abfälle, die ausschließlich aus Papier oder Pappe bestehen und nicht verunreinigt sind (Abfallschlüssel 20 01 01 - Papier und Pappe/ Karton), sind in den dafür zugelassenen Abfallbehältern (Papiertonne) oder an den Wertstoffhöfen zu entsorgen.
- (2) Es ist verboten, in die Papierbehälter andere Abfälle als Papier und Pappe einzufüllen. Befinden sich in den Papierbehältern andere Abfälle als Papier oder Pappe, wird der Behälter als Restabfall gesondert entleert. Für die Entleerung des Papierbehälters wird in diesem Fall eine Gebühr für die Entsorgung von Restabfall nach Maßgabe der Abfallgebührensatzung erhoben.
- (3) Die Ablagerung von Altpapier und sonstigen Abfällen neben den Abfallbehältern ist verboten.

§ 9 Verkaufsverpackungen

- (1) Abfälle, die dem VerpackG unterliegen, sind über die entsprechenden Sammelsysteme für Verpackungsabfälle zu entsorgen (gelbe Tonne, Container für Behälterglas). Bei Verpackungsabfällen handelt es sich um Abfälle, die typischerweise der Endverbraucher

beim Kauf von Waren in Verpackungen erhält. Die Verpackungen können z.B. aus Kunststoff, Holz, Metall, Verbundstoffen, Glas oder Textilien bestehen. Es ist verboten, in die Sammelsysteme für Verpackungen andere Abfälle als Verpackungen einzuwerfen. Soll eine Entleerung von Abfallbehältern erfolgen, die auch andere Abfälle als Verpackungen enthalten, wird der Behälter als Restabfall gesondert entleert. Für die Entleerung des Verpackungsbehälters wird in diesem Fall eine Gebühr für die Entsorgung von Restabfall nach Maßgabe der Abfallgebührensatzung erhoben.

- (2) Verpackungsabfälle aus Papier oder Pappe werden nach Maßgabe von § 22 Abs. 4 VerpackG zusammen mit Altpapier nach § 8 gesammelt und verwertet.

§ 10 Alttextilien und Federbetten

Alttextilien, die noch als Bekleidung verwendet werden können, und Federbetten (Abfallschlüssel 20 01 11) werden auf den Wertstoffhöfen angenommen. Die Alttextilien und Federbetten werden einer Verwertung zugeführt.

§ 11 Bioabfälle

- (1) Bioabfälle sind biologisch abbaubare Abfälle, die aus pflanzlichen, tierischen Materialien oder aus Pilzmaterialien bestehen. Nach ihrer Herkunft werden sie auch in
 1. Garten- und Parkabfälle,
 2. Landschaftspflegeabfälle,
 3. Nahrungs- und Küchenabfälle aus Haushalteneingeteilt.
- (2) Bioabfälle sind auch Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten, die den in den Ziffern 1-3 genannten Abfällen nach Art, Beschaffenheit oder stofflichen Eigenschaften vergleichbar sind.
- (3) Bioabfälle sind in den zur Verfügung gestellten Biotonnen und Laubsäcken gemäß § 24 bereitzustellen. Es ist verboten, in die Biotonne und Laubsäcke andere Abfälle als Bioabfälle einzufüllen. Soll eine Entleerung von Biotonnen oder Laubsäcken erfolgen, die auch andere Abfälle als Bioabfälle enthalten, wird der Behälter als Restabfall gesondert entleert. Für die Entleerung der Biotonne oder des Laubsackes wird in diesem Fall eine Gebühr für die Entsorgung von Restabfall nach Maßgabe der Abfallgebührensatzung berechnet.
- (4) Sperrige Bioabfälle, die das Fassungsvermögen einer Biotonne oder eines Laubsackes übersteigen würden, werden auf den Wertstoffhöfen (§ 28) des Abfallentsorgungsverbandes angenommen.
- (5) Für die Verpackung von Bioabfällen darf nur Papier, z. B. Küchenpapier oder Papiertüten, verwendet werden.

- (6) Abgeschmückte Weihnachtsbäume (frei von Lametta und jeglicher Art von Baumbehang) können an den im Abfallkalender bekannt gegebenen Terminen bis 6.30 Uhr verkehrssicher an der dem Grundstück nächstgelegenen Haltemöglichkeit der Sammelfahrzeuge bereitgestellt werden. Weihnachtsbäume sind auf eine Länge von maximal 2 m zu teilen.

§ 12 Abfälle aus Metall

- (1) Die Entsorgung von Abfällen aus Metall (Abfallschlüssel 20 01 40) erfolgt getrennt von der Sperrmüllabfuhr nach § 16. Haushaltstypische Abfälle aus Metall sind z.B. Fahrräder, Metallstühle, Grills, Ofenrohre, Werkzeuge u. ä. Die Abfälle werden auf Anforderung vom Abfallentsorgungsverband abgeholt und sind im Rahmen der Altmetallsammlung zur Abfuhr bereitzustellen oder an den Wertstoffhöfen zu überlassen. Die Abfälle aus Metall dürfen je Teil eine maximale Länge von 2 m, ein maximales Gewicht von 25 kg und ein Gesamtvolumen von 2 m³ nicht überschreiten.
- (2) Stoffe und bewegliche Sachen, die keine Abfälle aus Metall sind oder die Begrenzungen nach Länge und Gewicht gemäß Abs. 1 überschreiten, kann der Abfallentsorgungsverband am Bereitstellungsplatz zurückweisen. In diesem Fall hat der Abfallbesitzer diese unverzüglich und schadlos vom Bereitstellungsplatz zu entfernen.
- (3) Im Rahmen der Altmetallsammlung werden auch die Altmetalle aus anderen Herkunftsbereichen erfasst, soweit sie den Anforderungen nach Abs. 1 entsprechen, nicht schadstoffhaltig und kein Produktionsabfall sind.
- (4) Abfälle aus Metall werden auf Antrag (Bestellsystem) zweimal jährlich bis zu einer Menge von 6 m³ je Abholung abgefahren. Der Abfallentsorgungsverband legt den Abfuhrtermin fest und teilt diesen mindestens drei Tage vorher dem Abfallbesitzer mit.

§ 13 Elektro- und Elektronikgeräte

- (1) Elektro- und Elektronikgeräte i. S. dieser Satzung sind Altgeräte aus privaten Haushalten, die im Verbandsgebiet des Abfallentsorgungsverbandes anfallen. Als Altgeräte aus privaten Haushalten gelten auch Elektrogeräte aus sonstigen Herkunftsbereichen, soweit sie hinsichtlich ihrer Beschaffenheit mit Elektrogeräten aus privaten Haushalten vergleichbar sind. Elektrogeräte aus privaten Haushalten, die aus anderen Herkunftsbereichen angeliefert werden, gelten als im Verbandsgebiet des Abfallentsorgungsverbandes angefallene Altgeräte aus privaten Haushalten, soweit die Einrichtung ihre Niederlassung im Verbandsgebiet des Abfallentsorgungsverbandes hat.
- (2) Elektro- und Elektronikgeräte gem. Elektro- und Elektronikgerätegesetz vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1739), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist (ElektroG) werden in große Elektrogeräte mit einer Kantenlänge von mehr als 25 cm und in kleine Elektrogeräte mit einer Kantenlänge von bis zu 25 cm unterteilt.
- (3) Kühlgeräte (Abfallschlüssel 20 01 23*) sind entleert (insb. ohne Lebensmittelreste) und abgetaut bereitzustellen.
- (4) Kleine Elektrogeräte (Abfallschlüssel 20 01 35* und 20 01 36), die in keiner äußeren Abmessung (Länge x Breite x Höhe) größer als 25 cm sind, wie z. B. Handys, Taschenrechner, Tablets, elektr. Spielzeug etc., und Leuchtstoffröhren sind an einem Wertstoffhof oder jedem zur Rücknahme nach § 17 Abs. 1 ElektroG verpflichtetem Vertreiber von

Elektro- und Elektronikgeräten zu überlassen.

Große Elektrogeräte (Abfallschlüssel 20 01 35* und 20 01 36), die eine äußere Abmessung von mehr als 25 cm (Länge x Breite x Höhe) aufweisen, wie z. B. Fernseher, Computer, Küchengeräte u.a., werden auf Antrag (Bestellsystem) zweimal jährlich bis zu einer Menge von 6 m³ je Abholung abgefahren. Der Abfallentsorgungsverband legt den Abfuhrtermin fest und teilt diesen mindestens drei Tage vorher dem Abfallbesitzer mit.

- (5) Elektro- und Elektronikgeräte aus privaten Haushalten und von anderen Herkunftsbereichen können in haushaltsüblichen Mengen zusätzlich auf den Wertstoffhöfen des Abfallentsorgungsverbandes selbst angeliefert werden.
- (6) Werden Elektro- und Elektronikgeräte von anderen Herkunftsbereichen angeliefert, so ist eine Anlieferung von mehr als 20 Geräten hinsichtlich Anlieferort und –zeitpunkt mit dem Abfallentsorgungsverband abzustimmen.
- (7) Wärmeüberträger und Großgeräte entsprechend § 2 Abs. 1 ElektroG sind ab einer Anzahl von 10 Stück ausschließlich beim BEZ Freienhufen anzuliefern und der Anlieferzeitpunkt vorab mit dem Abfallentsorgungsverband abzustimmen.
- (8) Nachtspeicherheizgeräte und Photovoltaikmodule werden abweichend von den vorgenannten Bestimmungen ausschließlich im Bringsystem nach vorheriger Anmeldung beim Abfallentsorgungsverband und zu den geltenden Annahmebedingungen angenommen.
- (9) Gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 ElektroG haben die Besitzer von Elektro- und Elektronikgeräten die Altbatterien und Altakkumulatoren, die nicht vom Gerät umschlossen sind, vor Beginn der Sammlung bzw. vor der Abgabe an einem Wertstoffhof von diesen zu trennen. Die Entsorgung der Batterien und Akkumulatoren erfolgt gemäß § 14.
- (10) Es ist nicht gestattet, die vom Abfallentsorgungsverband zugelassenen Restabfallbehälter zur Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten zu nutzen.
- (11) Elektro- und Elektronikgeräte dürfen bei der Sammlung je Teil eine maximale Länge von 2 m, ein maximales Gewicht von 75 kg und ein Volumen von 2 m³ nicht überschreiten.
- (12) Stoffe und bewegliche Sachen, die keine Elektro- und Elektronikgeräte sind, kann der Abfallentsorgungsverband am Bereitstellungsplatz zurückweisen. In diesem Fall hat der Abfallbesitzer diese unverzüglich und schadlos vom Bereitstellungsplatz zu entfernen.

§ 14

Batterien und Akkumulatoren

- (1) Batterien und Akkumulatoren (Abfallschlüssel 20 01 33* und 20 01 34) im Sinne des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Batterien und Akkumulatoren (Batteriegesetz - BattG) vom 25. Juni 2009 (BGBl. I, S. 1582) in der jeweils geltenden Fassung können von privaten Endnutzern und in haushaltsüblichen Mengen aus anderen Herkunftsbereichen auf den Wertstoffhöfen abgegeben werden.
- (2) Bei lithiumhaltigen Batterien und Akkumulatoren sind vor der Abgabe an der Sammelstelle die Pole mit Klebeband abzukleben.
- (3) Eine Rückvergütung des Pfandgeldes für die Abgabe von Fahrzeugaltbatterien durch den Abfallentsorgungsverband erfolgt nicht.

§ 15 Gefährliche Abfälle

- (1) Abfälle aus privaten Haushalten, die in der Abfallverzeichnis-Verordnung-AVV in der jeweils geltenden Fassung als gefährlich i. S. d. § 3 Abs. 1 AVV i.V.m. § 48 KrWG gekennzeichnet sind, sind dem Abfallentsorgungsverband zu überlassen. Die Abgabe hat an den stationären Annahmestellen sowie den mobilen Annahmestellen (Schadstoffmobil) des Abfallentsorgungsverbandes zu erfolgen. Zu diesen Abfällen zählen u.a. Gifte, Laugen, Säuren, Farben, Schädlingsbekämpfungsmittel- und Pflanzenschutzmittel, teer- und ölhaltige Rückstände, Düngemittel, Leime, sonstige Chemikalien usw.
- (2) Ausgenommen von der Annahme am Schadstoffmobil sind gefährliche Bauabfälle gemäß § 19.
- (3) Die Abnahme der Abfälle am Schadstoffmobil ist auf Mengen von maximal 20 kg bzw. 20 l pro Gebinde und maximal 30 kg bzw. 30 l je Abgabe beschränkt. Darüber hinausgehende Mengen aus privaten Haushalten sind nach vorheriger Anmeldung beim Abfallentsorgungsverband gebührenpflichtig an den stationären Annahmestellen abzugeben. Weitere Festlegungen zu Art oder Verpackung gefährlicher Abfälle sind in der Benutzerordnung des Schadstoffmobils geregelt.
- (4) Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten können gebührenpflichtig an den stationären Annahmestellen oder mengenbedingt nach Absprache am Schadstoffmobil des Abfallentsorgungsverbandes entsorgt werden, soweit die Gesamtmenge von 2.000 kg pro Kalenderjahr nicht überschritten wird und die Entsorgung der Abfälle nicht ausgeschlossen ist.
- (5) Eine direkte Abholung gefährlicher Abfälle vom Grundstück kann gebührenpflichtig beim Abfallentsorgungsverband bestellt werden.

§ 16 Sperrmüll

- (1) Abfall aus privaten Haushalten, der selbst nach einer zumutbaren Zerkleinerung wegen seines Gewichtes, seiner Sperrigkeit oder Materialbeschaffenheit nicht in die zugelassenen Abfallbehälter passt, diese beschädigen oder ihre Entleerung erschweren könnte (z. B. Möbel und Möbelteile, Matratzen, Bodenbeläge) ist als Sperrmüll (Abfallschlüssel 20 03 07) zu entsorgen, soweit dieser Abfall nicht unter § 7 bis § 15 fällt.
- (2) Im Zweifelsfall entscheidet der Abfallentsorgungsverband, ob ein Stoff oder Gegenstand als Sperrmüll anzusehen ist.
- (3) Kleinteiliger Abfall, der in die Abfallbehälter passt und nur durch das Verpacken sperrig geworden ist, wird nicht über die Sperrmüllabfuhr entsorgt. Von der Sperrmüllabfuhr ausgeschlossen ist auch in Säcken, Kisten, Kartons oder andere Behälter verpackter Abfall aus privaten Haushalten.
- (4) Aus Möbeln sind vor deren Bereitstellung zur Sperrmüllabholung elektrische Einbaugeräte auszubauen und nach § 13 dem Abfallentsorgungsverband zur Entsorgung zu überlassen. Ist ein Ausbau nicht möglich, ist dieser Abfall entsprechend § 13 zu entsorgen und dem Abfallentsorgungsverband zu überlassen.
- (5) Von der Sperrmüllabfuhr wird auch der Sperrmüll aus anderen Herkunftsbereichen erfasst, wenn der Abfall nach seiner Art und Menge dem aus privaten Haushalten nach Abs. 1 entspricht, nicht schadstoffhaltig und kein Produktionsabfall ist. Für die Entsorgung

ist eine gesonderte Gebühr nach Maßgabe der Abfallgebührensatzung des Abfallentsorgungsverbandes zu entrichten.

- (6) Sperrmüll wird auf Antrag (Bestellsystem) zweimal jährlich bis zu einer Menge von 6 m³ je Abholung abgefahren. Der Abfallentsorgungsverband legt den Abfuhrtermin fest und teilt diesen mindestens drei Tage vorher dem Abfallbesitzer mit.
- (7) Anstelle der Abfuhr kann Sperrmüll auch gegen Vorlage einer Wertstoffkarte bis zu einer Menge von 6 m³ je Anlieferung an den Wertstoffhöfen abgegeben werden. Mengen bis zu 0,5 m³ je Anlieferung werden ohne die Vorlage einer Wertstoffkarte an den Wertstoffhöfen angenommen.
- (8) Für Mengen über 6 m³ sind Container für die Entsorgung zu nutzen. Für die Entsorgung über Container ist eine gesonderte Gebühr nach Maßgabe der Abfallgebührensatzung des Abfallentsorgungsverbandes zu entrichten.
- (9) Stoffe und bewegliche Sachen, die kein Sperrmüll sind, kann der Abfallentsorgungsverband am Bereitstellungsplatz zurückweisen. In diesem Fall hat der Abfallbesitzer diese unverzüglich und schadlos vom Bereitstellungsplatz zu entfernen.

§ 17 Restabfall

- (1) Restabfall (Abfallschlüssel 20 03 01) ist die Summe aller Abfälle, die wegen Verunreinigung oder Vermischung keiner der getrennt zu sammelnden Abfallfraktionen nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 bis 9,11 oder 12 zugeordnet werden kann.
- (2) Restabfall aus privaten Haushalten fällt in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung an, insbesondere in Wohnungen und dazugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallorten, wie z.B. Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens, wenn sie mit den für eine eigenständige Haushaltsführung erforderlichen Einrichtungen ausgestattet sind und den Bewohnern nicht nur vorübergehend eine selbst bestimmte Lebensgestaltung ermöglichen.
- (3) Restabfall aus anderen Herkunftsbereichen sind Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten, insbesondere
 1. gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushalten aufgrund ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung ähnlich sind, sowie
 2. Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen, mit Ausnahme der in Abs. 2 genannten Abfälle.
- (4) Als Haushalt gilt eine von einer oder mehreren Personen bewirtschaftete in sich abgeschlossene Wohnungseinheit. Als andere Herkunftsbereiche gelten Anlagen und Einrichtungen, die der Ausübung eines Gewerbes i. S. der Gewerbeordnung oder der Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit dienen. Ihnen gleichgestellt sind öffentliche Einrichtungen, Krankenhäuser, Vereine, Märkte und alle anderen Einrichtungen die kein privater Haushalt sind.
- (5) Soweit Abfälle aus Haushalten und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle nicht nach Maßgabe der § 8 bis § 16 getrennt entsorgt werden oder nach § 4 ausgeschlossen sind, sind sie Restabfall und in den zugelassenen Restabfallbehältern zu sammeln und zur Entsorgung bereitzustellen.

- (6) Andere Stoffe als Restabfälle nach Abs. 1 bis 3 dürfen nicht in Restabfallbehälter eingefüllt werden.
- (7) Die Abfallbehälter werden vom Abfallentsorgungsverband gestellt und gehen nicht in das Eigentum des Anschlusspflichtigen über. Nach Wegfall der Anschluss- und der Benutzungspflicht nach § 5 oder bei Behältertausch hat der Anschlusspflichtige die bereitgestellten Abfallbehälter dem Abfallentsorgungsverband zur Abholung zur Verfügung zu stellen.
- (8) Übersteigt im Einzelfall oder vorübergehend der Anfall von Restabfall das Fassungsvermögen der vorhandenen Abfallbehälter oder fällt Abfall nur gelegentlich an und eignet sich zum Einsammeln in Abfallsäcken, dürfen die vom Abfallentsorgungsverband zugelassenen Abfallsäcke benutzt werden. Auskunft zum Erwerb der Abfallsäcke über autorisierte Händler gibt der Abfallentsorgungsverband. Abfallsäcke dienen nicht als Ersatz für unzureichendes Abfallbehältervolumen.
- (9) Abfälle dürfen nicht in Abfallbehälter eingefüllt werden, die dem Anschlusspflichtigen eines anderen Grundstücks zur Verfügung gestellt worden sind.
- (10) Restabfälle dürfen nicht verpackt oder unverpackt bei anderen Abfallsammlungen zur Abholung bereitgestellt werden.

§ 18 Abfälle aus medizinischen Einrichtungen

Abfälle zur Beseitigung mit den AVV-Abfallschlüsselnummern 18 01 01, 18 01 04, 18 02 01 und 18 02 03, die spezifisch im Zusammenhang mit der humanmedizinischen oder tierärztlichen Versorgung oder Forschung sowie bei der Pflege in Krankenhäusern, Sozialstationen, Pflegeheimen, Arzt- oder Tierarztpraxen oder vergleichbaren Einrichtungen entstehen, sind in den dafür zugelassenen Abfallbehältern bereitzustellen.

§ 19 Bau- und Abbruchabfälle

- (1) Gefährliche und nicht gefährliche Bau- und Abbruchabfälle wie z.B.:
 1. Fliesen und Keramik,
 2. Glas,
 3. Kunststoff,
 4. Holz,
 5. Dachpappe,
 6. anderes Dämmmaterial,
 7. asbesthaltige Baustoffe,
 8. gemischte Bau- und Abbruchabfälle

können über die Wertstoffhöfe des Abfallentsorgungsverbandes entsorgt werden, an denen die Annahme von Bau- und Abbruchabfällen erfolgt.

- (2) Verwertbare Bestandteile, insbesondere Beton, Ziegel, Steine, Holz, Kunststoffe, Metall und Pappe sowie Erdaushub sind bereits an der Baustelle (Anfallstelle) getrennt zu halten und der Verwertung zuzuführen.

§ 20 Klärschlamm

Klärschlamm wird durch den Abfallentsorgungsverband beseitigt, wenn der Klärschlamm durch den Abwasserbeseitigungspflichtigen für eine ordnungsgemäße Beseitigung aufbereitet ist. Dafür ist ein Trockensubstanzgehalt von mindestens 35% erforderlich. Separierter Klärschlamm aus biologischen Kleinkläranlagen kann im Rahmen der Entsorgung von Restabfall aus privaten Haushalten beseitigt werden.

§ 21 Vorhaltung von Abfallbehältern

- (1) Der Anschlusspflichtige hat vom Abfallentsorgungsverband ein Abfallbehältervolumen anzufordern, zu übernehmen und für die Benutzung bereitzuhalten, das ausreicht, um die gesamten, innerhalb des Abfuhrzeitraumes nach § 22 auf seinem Grundstück regelmäßig anfallenden und der Entsorgungspflicht durch den Abfallentsorgungsverband unterliegenden Abfälle ordnungsgemäß aufnehmen zu können.
- (2) Bei Grundstücken, die ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt werden, erfolgt die Bemessung des bereitgestellten Mindestbehältervolumens anhand der Zahl der auf dem Grundstück mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldeten Personen. Für Restabfall wird ein Behältervolumen von 5 Liter pro Person und Woche zugrunde gelegt. Art, Anzahl und Zweck der Behälter werden vom Abfallentsorgungsverband nach Anhörung des Verpflichteten festgelegt. Mindestens ist jedoch ein zugelassener Restabfallbehälter je Grundstück vorzuhalten.
- (3) Bei gewerblich oder freiberuflich und bei anderen nicht zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken und Einrichtungen, wie z.B. öffentlichen Verwaltungen, Vereinshäusern, Schwimmbädern, Schulen, Kirchen u. ä. Einrichtungen sowie bei Erholungsgrundstücken und in Kinder- und Altenheimen, sind die Abfallbehälter von dem Anschlusspflichtigen bzw. Benutzungspflichtigen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf für die nach der GewAbfV überlassungspflichtigen Abfälle anzufordern. Die erforderlichen Abfallbehälter werden durch den Abfallentsorgungsverband bereitgestellt. Mindestens ist ein zugelassener Restabfallbehälter vorzuhalten. Der Abfallentsorgungsverband behält sich vor, falls die vom Anschlusspflichtigen bzw. die von ihm oder dem Beauftragten beantragten Behälter nach Volumen und/oder Anzahl nicht ausreichen, die im Einzelfall erforderliche Anzahl zuzuweisen.
- (4) Für gemischt genutzte Grundstücke (private Haushalte und andere Herkunftsbereiche) erfolgt die Bemessung des bereitzustellenden Mindestvolumens entsprechend der jeweiligen Nutzung anhand der auf dem Grundstück mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldeten Personen entsprechend Abs. 2 und nach dem tatsächlichen Bedarf gemäß Abs. 3. Auf Antrag kann auf diesen Grundstücken ein gemeinsamer Abfallbehälter genutzt werden, sofern die Menge Abfall aus den anderen Herkunftsbereichen 20 Liter pro Woche nicht übersteigt.

- (5) Reicht das gemäß Abs. 2 bis 4 übernommene und vorgehaltene Abfallbehältervolumen im Einzelfall nicht aus, so hat der Abfallbesitzer die überschießenden Abfallmengen in den vom Abfallentsorgungsverband zugelassenen Abfallsäcken zur Abholung bereitzustellen.
- (6) Reicht das gemäß Abs. 2 bis 4 übernommene und vorgehaltene Abfallbehältervolumen regelmäßig nicht zur Aufnahme der auf dem Grundstück anfallenden Abfälle aus, so kann der Abfallentsorgungsverband dem Anschlusspflichtigen die Übernahme eines erforderlichen Behältervolumens vorschreiben. Der Anschlusspflichtige hat bei Bedarf für regelmäßig anfallende Abfälle Behälter beim Abfallentsorgungsverband anzufordern.
- (7) Bei vorübergehendem Anfall von Abfällen zur Beseitigung anlässlich der Durchführung von Veranstaltungen wie Märkten, Konzerten, saisonalen Veranstaltungen, Stadt- und Dorffesten usw. sind die verantwortlichen Veranstalter verpflichtet, beim Abfallentsorgungsverband spätestens 12 Werktage vor Beginn die zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Abfallentsorgung während der Veranstaltung erforderlichen Abfallbehälter zu beantragen. Der Abfallentsorgungsverband kann die Abfallbehälter entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf zuweisen.

III. Abschnitt Häufigkeit und Zeit der Abfuhr

§ 22 Häufigkeit und Zeit der Abfuhr der Abfallbehälter

- (1) Die regelmäßige Abfuhr der Abfallbehälter und Säcke erfolgt an Werktagen in der Zeit zwischen 6.30 Uhr und 21.30 Uhr.
- (2) Der Abfallentsorgungsverband gibt die Abfuhrtage und Änderungen bekannt.
- (3) Die Leerung der Abfallbehälter erfolgt nicht, wenn die Abfallbehälter nicht nach § 25 ordnungsgemäß bereitgestellt sind und die Behälterstandplätze oder Zugänge nicht den Anforderungen nach § 26 entsprechen.
- (4) Fällt der planmäßige Sammeltag auf einen gesetzlichen Feiertag, können die Abfälle auch an einem vorhergehenden oder nachfolgenden Tag eingesammelt werden. Unterbleibt das Einsammeln des Abfalls am Sammeltag, wird es im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten vor dem nächsten Sammeltag nachgeholt.
- (5) Die Restabfallbehälter mit einem Fassungsvermögen von 80 Liter, 120 Liter und 240 Liter werden in der Regel 14-täglich zu den gleichen Wochentagen entleert.
- (6) Die Restabfallbehälter mit einem Fassungsvermögen ab 660 Liter können zweimal wöchentlich, wöchentlich oder 14-täglich entleert werden.
- (7) Die Behälter für Altpapier werden in der Regel 4-wöchentlich entleert.
- (8) Die Behälter für Bioabfall werden in der Regel 14-täglich zu den gleichen Wochentagen entleert. Abweichend von Satz 1 kann für die Entleerung der Behälter für Bioabfall bei wohnungsbewirtschaftenden Betrieben ein wöchentlicher Entleerungsrhythmus festgelegt werden.

- (9) Der Abfallentsorgungsverband kann im Einzelfall oder in bestimmten Abfuhrbereichen Abweichungen von den in den Absätzen 5 bis 8 genannten Entsorgungsrhythmen für die aufgeführten Abfallbehälter festlegen. Diese werden bekannt gegeben.

§ 23

Bereitstellung von Sperrmüll, Abfällen aus Metall und Elektro- und Elektronikgeräten und Zeit für die Abfuhr

- (1) Sperrmüll (§ 16), Abfälle aus Metall (§ 12) und Elektro- und Elektronikgeräte (§ 13) sind getrennt vom Abfallbesitzer frühestens am Vorabend des Abfuhrtages und bis spätestens 6.30 Uhr am Abfuhrtag bereitzustellen.
- (2) Sperrmüll, Abfälle aus Metall und Elektro- und Elektronikgeräte sind unfallsicher vor dem angeschlossenen Grundstück bereitzustellen. Der Straßenverkehr darf durch die Bereitstellung nicht behindert werden. Die Verladung muss ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust durch zwei Personen von Hand gefahr- und schadlos möglich und auch im Übrigen zumutbar sein.
- (3) Kann eine Verkehrsanlage aus tatsächlichen Gründen nicht mit einem Sammelfahrzeug befahren werden oder stehen der Befahrbarkeit der Verkehrsanlage Rechts- bzw. berufsgenossenschaftliche Vorschriften entgegen, sind Sperrmüll, Abfälle aus Metall und Elektro- und Elektronikgeräte, abweichend von Absatz 2, an einem Ort bereitzustellen, der von Sammelfahrzeugen angefahren werden kann. Der Abfallentsorgungsverband teilt dem Anschlusspflichtigen den Ort der Bereitstellung in einem angemessenen Zeitraum vor dem Abfuhrtermin mit. Vor der Entscheidung nach Satz 2 ist der Anschlusspflichtige anzuhören.

IV. Abschnitt

Gemeinsame Vorschriften zu den Abfallbehältnissen

§ 24

Behältergrößen

Typ	Max. Füllvolumen	Max. Füllgewicht	Behältereinsatz			Gesundheitswesen
			Restabfall	Papier Pappe	Bioabfall	
Abfallbehälter 80 Liter	80 Liter	32 kg	X			
Abfallbehälter 120 Liter	120 Liter	48 kg	X		X	
Abfallbehälter 240 Liter	240 Liter	96 kg	X	X	X	X
Abfallbehälter 660 Liter	660 Liter	264 kg	X			X
Abfallbehälter 1100 Liter	1100 Liter	440 kg	X	X		X
Sack für Restabfall	70 Liter		X			
Laubsack	80 Liter	25 kg			X	
VAT- Behälter (Einwegbox),	30 Liter					X

Nach Absprache sind auch Behälter und Pressbehälter mit größeren Fassungsvermögen als 1100 Liter sowie Spezialabfallbehälter zugelassen. Der Abfallentsorgungsverband kann andere Abfallbehälter allgemein oder im Einzelfall zulassen. Der Abfallentsorgungsverband stellt für die Entsorgung von Restabfall Abfallsäcke und für die Entsorgung von Gartenabfällen Laubsäcke in den Verkaufsstellen bereit. Die Verkaufsstellen werden bekannt gegeben.

§ 25 Bereitstellung der Abfallbehältnisse

- (1) Der Anschlusspflichtige muss die Abfallbehältnisse mit einem Fassungsvermögen bis einschließlich 240 Liter zur Leerung neben der öffentlichen Verkehrsanlage vor dem angeschlossenen Grundstück geschlossen bereitstellen. Radwege dürfen nicht verstellt werden. Die Aufstellung muss so erfolgen, dass Fahrzeuge und Fußgänger nicht behindert oder gefährdet werden und dass der Abtransport ohne Schwierigkeit und Zeitverlust möglich ist.
- (2) Abfallbehälter mit einem Fassungsvermögen von mehr als 240 Litern werden vom Abfallentsorgungsverband oder den von ihm beauftragten Unternehmen von ihren Standplätzen abgeholt oder am Standplatz entleert, wenn die Behälterstandplätze und Beförderungs- bzw. Fahrwege auf den hierbei zu benutzenden Grundstücken den Anforderungen des § 26 entsprechen. Im Fall von verschlossenen Standplätzen sind dem Abfallentsorgungsverband kostenlose Schlüssel in ausreichender Anzahl zu überlassen. Für Verlust und Verschleiß dieser Schlüssel übernimmt der Abfallentsorgungsverband keine Haftung.
- (3) Die Abfallbehältnisse dürfen frühestens am Vorabend der Entleerung, spätestens jedoch bis 6.30 Uhr am Tag der Entleerung und nur jeweils einmal bereitgestellt werden. Sie sind nach der Entleerung unverzüglich wieder von der öffentlichen Verkehrsanlage zu entfernen.
- (4) Kann eine Verkehrsanlage aus tatsächlichen Gründen nicht mit einem Sammelfahrzeug befahren werden oder stehen der Befahrbarkeit der Verkehrsanlage Rechts- bzw. berufsgenossenschaftliche Vorschriften entgegen oder verfügen Sackgassen nicht über eine Wendemöglichkeit für das Sammelfahrzeug oder befindet sich das angeschlossene Grundstück an einer Privatstraße, sind die jeweiligen Behältnisse an einem Ort bereitzustellen, der von Sammelfahrzeugen angefahren werden kann. Der Abfallentsorgungsverband teilt dem Anschlusspflichtigen den Ort der Bereitstellung in einem angemessenen Zeitraum vor dem Abfuhrtermin mit. Vor der Entscheidung nach Satz 2 ist der Anschlusspflichtige anzuhören.
- (5) Vom Abfallentsorgungsverband zugelassene Abfallsäcke und Laubsäcke werden bei der Hausmüllsammlung bzw. bei der Bioabfallsammlung eingesammelt, wenn sie gemäß Abs. 1 zugebunden bereitgestellt sind.
- (6) Nicht sachgerecht befüllte Abfallbehälter nach § 27 werden nicht geleert.

§ 26

Behälterstandplätze und Zugänge

- (1) Standplätze und Zugänge für Abfallbehälter müssen so beschaffen sein, dass das Aufstellen, Befüllen und Abholen bzw. Entleeren der Behälter leicht sowie gefahr- und schadlos möglich ist. Die Standplätze und Zugänge sind schnee- und eisfrei zu halten, müssen ausreichend beleuchtet und entwässert sein. Insbesondere müssen folgende Bedingungen gegeben sein:
1. Der Standplatz für die Abfallbehälter muss befestigt, ebenerdig angelegt sein und über eine ausreichende Stellfläche für die jeweils verwendeten Abfallbehälter verfügen.
 2. Die Abfallbehälter dürfen nicht in einer Vertiefung stehen.
 3. Der Zugang der von Sammelfahrzeugen befahrenen Verkehrsanlage zum Standplatz muss befestigt und verkehrssicher sein.
 4. Der Transportweg muss eben und frei von Treppen und Stufen sein sowie eine trittsichere Oberfläche haben. Der Transportweg soll kein Gefälle haben.
 5. Die Durchgänge des Transportweges für zweirädrige Abfallbehälter müssen mindestens 2 m hoch und 0,8 m breit sein. Etwaige Türen müssen festgestellt werden können. Gebäudedurchgänge und Türen zu den Abstellplätzen für vierrädrige Abfallbehälter müssen mindestens 2 m hoch und 1,50 m breit sein.
 6. Der Transportweg vom Standplatz bis zur Fahrbahngrenze darf nicht länger als 15 m sein. Längere Transportwege bedürfen einer besonderen Zulassung durch den Abfallentsorgungsverband.
- (2) Liegen die in Abs. 1 genannten Bedingungen nicht vor, so sind die Abfallbehälter zur Entleerung neben dem Rand der Verkehrsanlage vor dem angeschlossenen Grundstück bereitzustellen und nach der Entleerung selbstständig wieder zurückzubringen.
- (3) Im Zweifel behält sich der Abfallentsorgungsverband vor, den Standplatz festzulegen. Der Anschlusspflichtige wird hierzu zuvor gehört.

§ 27

Behandlung der Abfallbehälter

- (1) Der Anschlusspflichtige muss dafür sorgen, dass die Abfallbehälter in einem gebrauchsfähigen, sauberen und unfallsicheren Zustand erhalten und sorgfältig verwahrt werden. Die Beschädigung oder der Verlust von Abfallbehältern ist dem Abfallentsorgungsverband unverzüglich anzuzeigen.
- (2) Abfälle sind so in die Abfallbehälter einzufüllen, dass deren Beschädigung ausgeschlossen und eine einwandfreie Entleerung mit den üblichen Verfahren mühelos und gefahrlos möglich ist. Insbesondere ist das Einschlämmen oder Einpressen von Abfällen mit mechanischen Hilfsmitteln in die Abfallbehälter unzulässig. Es ist untersagt, heiße Asche und

andere glühende oder brennende Gegenstände in die Abfallbehälter einzufüllen. Ein Anfrieren der Abfälle im Winter ist durch geeignete Maßnahmen der Abfalleinfüllung und Aufstellung des Behälters zu verhindern. Nicht ordnungsgemäß gefüllte Abfallbehälter mit nicht zugelassenen Abfällen und Behälter mit festgefrorenem Abfall werden nicht entsorgt. Es besteht in diesen Fällen kein Anspruch auf Gebührenreduzierung. Das gleiche gilt, wenn der Abfallbehälter nicht vollständig entleert wird, weil die Abfälle festgefroren sind oder verdichtet wurden. Die Deckel der Abfallbehälter müssen jederzeit vollständig schließbar sein. Das Abstellen von Abfällen neben den Behältern ist nicht zulässig.

- (3) Für schuldhaft verursachten Schaden an Abfallbehältern oder deren Verlust haftet der Anschlusspflichtige.
- (4) Abfallbehälter mit einem Füllvolumen von 80 bis 1100 Liter können mit einem elektronischen Transponder ausgestattet werden, der der Identifizierung des Abfallbehälters, der Zuordnung der Abfallbehälter zu den Grundstücken und der Registrierung des Leerungsvorganges dient. Das Entfernen bzw. Zerstören der Transponder der Abfallbehälter ist verboten.

§ 28 Wertstoffhöfe

- (1) Der Abfallentsorgungsverband betreibt mehrere Wertstoffhöfe. Abfallerzeuger und –besitzer aus privaten Haushalten und anderen Herkunftsbereichen können Abfälle dort begrenzt auf haushaltsübliche Mengen je Anlieferung abgeben.
- (2) Weiteres regelt die Benutzerordnung des jeweiligen Wertstoffhofes. Für die Abnahme der Abfälle können Beschränkungen nach Art, Menge, Vorbehandlung, Verpackung und Anlieferzeit in der Benutzerordnung vorgesehen werden.

V. Abschnitt Nebenbestimmungen

§ 29 Unterbrechung der Entsorgung

Wird die Entsorgung von Abfällen infolge betrieblicher Belange des Abfallentsorgungsverbandes oder der von ihm beauftragten Dritten durch Streik, höhere Gewalt oder Pandemien vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet durchgeführt, so hat der an die Entsorgung angeschlossene Grundstückseigentümer bzw. der Abfallbesitzer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Gebührenermäßigung. Die Abfuhr wird so bald wie möglich nachgeholt.

§ 30 Anfallzeitpunkt und Eigentumsübergang

- (1) Als angefallen zum Einsammeln und Befördern gelten Abfälle, die in zulässiger Weise gem. § 8 bis § 27 bereitgestellt bzw. der Sammelstelle oder an den Wertstoffhöfen übergeben sind.
- (2) Als zum Behandeln, Lagern und Ablagern in den Abfallentsorgungsanlagen angefallen gelten Abfälle, sobald sie in zulässiger Weise auf das Gelände der entsprechenden Abfallentsorgungsanlage verbracht worden sind.

- (3) Die Abfälle gehen in das Eigentum des Abfallentsorgungsverbandes über und gelten als überlassen, sobald sie sich im oder auf dem Beförderungsfahrzeug befinden oder bei den Wertstoffhöfen oder Abfallentsorgungsanlagen des Verbandes oder beauftragter Dritter angenommen sind.
- (4) Der Abfallentsorgungsverband ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Im Abfall gefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.
- (5) Unbefugten ist nicht gestattet, zur Einsammlung bereitgestellte Abfälle zu durchsuchen oder mitzunehmen.

§ 31

Mitteilungs- und Auskunftspflicht, Betretungsrecht

- (1) Die Anschlusspflichtigen nach § 5 sowie die Abfallerzeuger und -besitzer haben alle Tatsachen, die den Anschluss- und Benutzungszwang nach § 5 begründen oder verändern, unverzüglich dem Abfallentsorgungsverband anzuzeigen. Dabei sind insbesondere Art und Menge des voraussichtlich anfallenden Abfalls, die Nutzungsart des Grundstücks sowie die Anzahl der auf dem Grundstück mit Haupt- und Nebenwohnsitz gemeldeten Personen anzugeben. Dies gilt auch bei Veränderung der Umstände, die zu einer Ausnahme vom Anschlusszwang nach § 6 geführt haben.
- (2) Tritt ein Wechsel in der Person des Anschlusspflichtigen ein, so hat der bisherige Anschlusspflichtige dieses schriftlich dem Abfallentsorgungsverband mitzuteilen. Zu dieser Mitteilung ist auch der neue Anschlusspflichtige verpflichtet.
- (3) Unbeschadet der Abs. 1 und 2 kann der Abfallentsorgungsverband vom Anschlusspflichtigen sowie den Abfallerzeugern und -besitzern jederzeit Auskunft über die wesentlichen Umstände für die Überlassungspflicht i. S. d. § 17 Abs. 1 KrWG verlangen.
- (4) Die nach § 5 Anschlusspflichtigen sind verpflichtet, das Betreten von Grundstücken zum Zwecke der Aufstellung und Kontrolle der Abfallbehälter, der Abfallsammlung und zur Überwachung der Getrennthaltung und Verwertung von Abfällen zu dulden.
- (5) Der Abfallerzeuger hat dem Abfallentsorgungsverband auf Verlangen alle Belege über die Verwertung und Beseitigung aller anfallenden Abfälle, die er nicht dem Abfallentsorgungsverband überlassen hat, vorzulegen.

§ 32

Benutzungsgebühren und -entgelte

Der Abfallentsorgungsverband erhebt für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung der Abfallentsorgung und Leistungen Gebühren nach Maßgabe der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallgebührensatzung - AbfGebS). Er erhebt daneben für bestimmte Leistungen privatrechtliche Entgelte nach Maßgabe einer Entgeltordnung.

§ 33

Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten

Für die Durchführung der Aufgaben der Abfallentsorgung erhebt und verarbeitet der Abfallentsorgungsverband personenbezogene Daten nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften.

§ 34 Bekanntmachungen

Amtliche Bekanntmachungen nach dieser Satzung erfolgen im Amtsblatt für den Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster.

§ 35 Modellversuche

Zur Erprobung neuer Abfallentsorgungssysteme kann der Abfallentsorgungsverband Modellversuche mit örtlich und zeitlich begrenzter Wirkung einführen.

§ 36 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. entgegen § 4 Abs. 4 dem Abfallentsorgungsverband nach § 4 Abs. 1 ausgeschlossene Abfälle zum Einsammeln und Befördern überlässt;
2. entgegen § 4 Abs. 3 Satz 2 der Verpflichtung nicht nachkommt, die Abfälle so auf seinem Grundstück zu lagern, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird;
3. entgegen § 5 Abs. 1 sein Grundstück nicht an die öffentliche Abfallentsorgung anschließt;
4. entgegen § 5 Abs. 4 die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes nicht benutzt;
5. entgegen § 5 Abs. 4 Abfälle nicht dem Abfallentsorgungsverband überlässt, soweit für die Abfälle die Überlassungspflicht gem. § 17 KrWG besteht, diese der Entsorgungspflicht des Abfallentsorgungsverbandes unterliegen und die Entsorgung nicht gemäß § 4 ausgeschlossen ist;
6. entgegen § 7 Abs. 1 und 2 der Verpflichtung nicht nachkommt, die in § 7 Abs. 1 genannten Abfälle dem Abfallentsorgungsverband getrennt zu überlassen;
7. entgegen § 8 Abs. 2 in die Papierbehälter andere Abfälle als Papier oder Pappe einwirft;
8. entgegen § 8 Abs. 3 Altpapier und sonstige Abfälle neben den Abfallbehältern ablagert;
9. entgegen § 9 Abs. 1 andere Abfälle als Verpackungsabfälle in die Sammelsysteme einwirft;
10. entgegen § 11 Abs. 3 andere Abfälle als biologisch abbaubare Abfälle in den Sammelbehälter einwirft;

11. entgegen § 12 Abs. 2, § 13 Abs. 12 und § 16 Abs. 9 der Verpflichtung, bei der Altmetallsammlung, der Elektro- und Elektronikgerätesammlung und der Sperrmüllsammlung zurückgelassene Abfälle unverzüglich ordnungsgemäß zu entfernen, nicht nachkommt;
 12. entgegen § 13 Abs. 10 Elektro- und Elektronikgeräte in Abfallbehältern entsorgt;
 13. entgegen § 15 Abs. 1 die gefährlichen Abfälle aus privaten Haushaltungen nicht an der stationären oder den mobilen Annahmestellen (Schadstoffmobil) des Abfallentsorgungsverbandes abgibt;
 14. entgegen § 16 Abs. 1 und 3 Abfälle, die kein Sperrmüll sind, zum Einsammeln und Befördern durch die Sperrmüllabfuhr bereitstellt;
 15. entgegen § 17 Abs. 5 Restabfälle nicht in den zugelassenen Restabfallbehältern sammelt und zur Entsorgung bereitstellt;
 16. entgegen § 17 Abs. 6 andere Stoffe in Restabfallbehälter einfüllt;
 17. entgegen § 17 Abs. 9 als Abfallbesitzer bei ihm angefallene Abfälle unberechtigt in Abfallbehälter einfüllt, die dem Anschlusspflichtigen eines anderen Grundstückes zur Verfügung gestellt worden sind;
 18. entgegen § 17 Abs. 10 Restabfälle verpackt oder unverpackt bei anderen Abfallsammlungen zur Abholung bereitstellt;
 19. entgegen § 21 Abs. 1 bis 4 als Anschlusspflichtiger keinen Behälter bzw. ein zu geringes Behältervolumen anfordert, übernimmt und für die Benutzung bereithält;
 20. entgegen §§ 24, 25 Abfälle in nicht vom Abfallentsorgungsverband zur Verfügung gestellten Behältern oder lose zum Einsammeln und Befördern bereitstellt;
 21. entgegen § 25 Abs. 3 Abfallbehälter nach der Entleerung nicht wieder unverzüglich von den öffentlichen Verkehrsflächen entfernt;
 22. entgegen § 27 Abs. 2 Abfallbehälter befüllt, insbesondere Abfälle einschlämmt oder mit mechanischen Hilfsmitteln in die jeweiligen Behälter einpresst oder brennende, glühende oder heiße Abfälle einfüllt oder Abfälle neben den Behältern abstellt;
 23. entgegen § 30 Abs. 5 die zur Einsammlung bereitgestellten Abfälle durchsucht oder mitnimmt;
 24. entgegen § 31 Abs. 1 nicht alle Tatsachen, die den Anschluss- und Benutzungszwang nach § 5 begründen oder verändern, unverzüglich dem Abfallentsorgungsverband anzeigt.
 25. entgegen § 31 Abs. 2 den Wechsel in der Person des Anschlusspflichtigen dem Abfallentsorgungsverband nicht mitteilt.
- (2) Ordnungswidrigkeiten können mit Geldbußen bis zu 50.000,00 Euro geahndet werden.

§ 37
Anordnungen für den Einzelfall

Der Abfallentsorgungsverband kann für die ihm nach § 2 der Verbandssatzung übertragenen Aufgaben zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen. §§ 62 und 69 KrWG sowie §§ 42 ff. BbgAbfBodG bleiben unberührt.

§ 38
In-Kraft-Treten / Außer-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.01.2024 in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt tritt die Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes in der Fassung der dritten Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster vom 6. Oktober 2021, veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Elbe-Elster, Jahrgang 26, Nr. 17 am 17. November 2021 und im Amtsblatt für den Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Jahrgang 28, Nr. 25/2021 am 15. Oktober 2021 außer Kraft.

Lauchhammer, den 15. November 2023


Dr. Bernd Dutschmann
Verbandsvorsteher



Information zu den enthaltenen Ausschlüssen:

Das Landesamt für Umwelt hat den in der vorstehenden Satzung enthaltenen Ausschlüssen von der Entsorgung mit Bescheid vom 14. Dezember 2023, Gesch-Z.: LFU-T16-3115/86+16#445596/2023, zugestimmt.

**Bekanntmachung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die
Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster
(Abfallgebührensatzung - AbfGebS)**

Die Verbandsversammlung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster hat in ihrer Sitzung am 15. November 2023 die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallgebührensatzung) beschlossen.

Die nachstehende Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallgebührensatzung) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die in der Kommunalverfassung enthalten oder aufgrund der Kommunalverfassung erlassen worden sind, unbeachtlich ist, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung gegenüber dem Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die den Mangel ergibt, geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschrift über die Genehmigung oder die öffentliche Bekanntmachung der Satzung verletzt worden ist.

Lauchhammer, 20. Dezember 2023

gez.
Dr. Bernd Dutschmann
Verbandsvorsteher

Satzung
über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung
des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster
(Abfallgebührensatzung - AbfGebS)

Aufgrund von § 9 des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes (BbgAbfBodG) vom 6. Juni 1997 (GVBl. I/97, [Nr. 05], , S. 40) in der jeweils geltenden Fassung, der §§ 2, 4, 6 und 12 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I/04, [Nr. 08], S.174) in der jeweils geltenden Fassung und der §§ 3 und 12 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg) vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32], S. 2) in der jeweils geltenden Fassung hat die Verbandsversammlung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster in ihrer Sitzung am 15. November 2023 die folgende Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallgebührensatzung - AbfGebS) beschlossen:

Abschnitt 1

Gebühren für die Abfallentsorgung aus privaten Haushalten und anderen Herkunftsbereichen

§ 1

Gebührentatbestand

Der Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster (Abfallentsorgungsverband) erhebt zur Deckung seiner Kosten für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallwirtschaft und die Inanspruchnahme seiner Dienstleistungen Benutzungsgebühren nach Maßgabe dieser Satzung. Zu der öffentlichen Einrichtung Abfallwirtschaft gehören alle notwendigen sächlichen und personellen Mittel des Verbandes und von ihm Beauftragter, die zur Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abfallentsorgungssatzung erforderlich sind.

§ 2

Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner für die nach § 1 zu erhebenden Gebühren sind die Eigentümer der gemäß Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallentsorgungssatzung) an die Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstücke. Den Grundstückseigentümern stehen Erbbauberechtigte, Nießbraucher, die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer und sonstige zur Nutzung des Grundstückes dinglich Berechtigte gleich. Mehrere Grundstückseigentümer haften als Gesamtschuldner. Bei Wohnungseigentumsgemeinschaften können die Bescheide dem zuständigen Verwalter zugestellt werden. Neben den Gebührenschuldern nach Satz 1 sind auch diejenigen, die die Leistung der Einrichtung Abfallentsorgung tatsächlich in Anspruch nehmen, Gebührensschuldner.
- (2) Bei einem Wechsel des Gebührenschuldners nach Abs. 1 geht die Gebührenschuld mit dem 1. des auf den Wechsel folgenden Monats auf den neuen Gebührensschuldner über. Der bisherige und der neue Gebührensschuldner haben dem Abfallentsorgungsverband die Veränderungen innerhalb eines Monats schriftlich mitzuteilen und nachzuweisen.
- (3) Neben den Gebührenschuldern nach Abs. 1 ist Gebührensschuldner der Inhaber, soweit die Gebühr für einen Gewerbebetrieb erhoben wird, bei öffentlichen Einrichtungen der Träger der öffentlichen Einrichtung, bei medizinischen Einrichtungen der Betreiber der medizinischen Einrichtung, bei Baustellen der Bauherr oder der freiberufliche Tätige.
- (4) Gebührensschuldner bei der Benutzung von Abfallsäcken und Laubsäcken nach § 6 Abs. 12 und für die Einwegbox nach § 6 Abs. 21 ist abweichend von Abs. 1 bis 3 der Erwerber.
- (5) Gebührensschuldner für die Annahme und Entsorgung von Abfällen auf den in der Anlage 1 benannten Wertstoffhöfen des Abfallentsorgungsverbandes sind die Anlieferer. Anlieferer sind die Erzeuger oder Besitzer von Abfällen, die dem Abfallentsorgungsverband an einem der in Anlage 1 genannten Wertstoffhöfe überlassen werden.
- (6) Gebührensschuldner für die Entsorgung von gefährlichen Abfällen am Schadstoffmobil und an den stationären Annahmestellen sind Erzeuger oder Besitzer aus anderen Herkunftsbereichen, die die schadstoffbelasteten Abfälle abgeben. Bei der Abgabe der gefährlichen Abfälle ist die vollständige Firmenanschrift und -bezeichnung anzugeben. Außerdem ist eine rechtsverbindliche Unterschrift zu leisten. Gebührensschuldner sind

private Haushalte, die mehr als 30 kg bzw. 30 l von gefährlichen Abfällen an den stationären Annahmestellen abgeben.

- (7) Gebührenschuldner für die Inanspruchnahme von Serviceleistungen, insbesondere die Abholung von gefährlichen Abfällen vom Abfallbesitzer, den Eilservice für Sperrmüll, Abfällen aus Metall und Elektro- und Elektronikgeräten und im Fall der Entsorgung von Abfällen über Container nach § 6 Abs. 8 bis 10 und 13 bis 19 ist abweichend von Abs. 1 bis 3 der Besteller der Leistung.
- (8) Gebührenschuldner für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen sind abweichend von Abs. 1 bis 3 die Erzeuger von Abfällen, die durch die Abfallentsorgungssatzung des Abfallentsorgungsverbandes von der Einsammlung und Beförderung ausgeschlossen sind sowie sonstige Anlieferer von zugelassenen Abfällen.
- (9) Gebührenschuldner ist auch derjenige, dessen unzulässig behandelte, gelagerte oder abgelagerte Abfälle der Abfallentsorgungsverband entsorgt.

§ 3

Entstehung der Gebühren

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche Einrichtung Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes angeschlossen ist. Dies ist der Tag der erstmaligen Bereitstellung der Abfallbehälter. Die Gebührenpflicht erlischt mit dem Ende des Monats, in dem die Anschlusspflicht entfällt, dies dem Abfallentsorgungsverband mitgeteilt wird und die Abfallbehälter abgeholt wurden.
- (2) Die Gebühren nach § 6 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 4, Abs. 5, Abs. 6 und Abs. 20 entstehen jeweils mit dem 1. Januar eines Kalenderjahres, spätestens mit dem ersten Kalendertag des Monats, der auf den Anschluss des Grundstückes folgt. Die Gebührenpflicht endet zum 31. Dezember des Kalenderjahres, spätestens zum letzten Kalendertag des Monats in dem der Anschluss beendet wird.
Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- (3) Die Leistungsgebühren nach § 6 Abs. 3, Abs. 8, Abs. 11 und Abs. 19 entstehen jeweils mit der Inanspruchnahme der Leistung durch den Gebührenschuldner mit der Bereitstellung der Abfallbehälter zur Entsorgung, spätestens mit deren Entleerung/Abholung.
Die Leistungsgebühren für das Mindestentsorgungsvolumen nach § 6 Abs. 3 entstehen mit Ablauf des Kalenderjahres, wenn sich bei einer Gegenüberstellung des Entsorgungsvolumens, das sich aus der Multiplikation der Anzahl der tatsächlichen Behälterleerungen und der Behältergröße in Liter berechnet, und dem Mindestentsorgungsvolumen nach § 4 Abs. 4 ergibt, dass das Volumen der tatsächlichen Entleerungen das Mindestentsorgungsvolumen nicht erreicht. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- (4) Die Mietgebühr für Abfallbehälter nach § 6 Abs. 7 entsteht jeweils mit dem 1. Januar eines Kalenderjahres, spätestens mit dem ersten Kalendertag des Monats, der auf den Anschluss des Grundstückes folgt, und mit der Anlieferung/Überlassung der Abfallbehälter an den Gebührenschuldner.
- (5) Die Gebühren für Serviceleistungen nach § 6 Abs. 9, Abs. 10 und Abs. 14 entstehen mit der Inanspruchnahme der Leistungen durch Bereitstellung der Container, spätestens mit dem Transport oder der Abholung.

- (6) Die Gebühren für die Entsorgung von Restabfallsäcken oder Laubsäcken nach § 6 Abs. 12 und für die Einwegbox (VAT-Behälter) nach § 6 Abs. 21 entstehen mit deren Erwerb.
- (7) Die Gebühren für die Inanspruchnahme eines Wunschtermins oder des Eiltermins nach § 6 Abs. 13, nach § 6 Abs. 15 für Sonderabholungen und nach § 6 Abs. 17 für erfolgreiche Anfahrten entstehen mit der Anfahrt durch den Abfallentsorgungsverband.
- (8) Die Gebühr nach § 6 Abs. 16 entsteht mit der Abholung der beschädigten Abfallbehälter und bei Zurverfügungstellung eines unbeschädigten Behälters mit dessen Auslieferung.
- (9) Die Gebühr nach § 6 Abs. 18 entsteht mit der erforderlichen gesonderten Anfahrt, spätestens mit der Entleerung des unzulässig befüllten Abfallbehälters.
- (10) Die Gebühren für die Annahme und Entsorgung von Abfällen an den Wertstoffhöfen des Abfallentsorgungsverbandes sowie die Annahme und Entsorgung von gefährlichen Abfällen am Schadstoffmobil oder an den stationären Annahmestellen für Schadstoffe nach § 6 Abs. 22 entstehen jeweils mit Anlieferung der Abfälle.
- (11) Bei Änderung gebührenrelevanter Umstände werden diese zum nächsten Kalendermonat, der auf die Änderung folgt, berücksichtigt. Erfolgt die Änderung am Ersten eines Kalendermonats, wirken diese für und ab dem begonnenen Kalendermonat.

§ 4

Fest- und Leistungsgebühr, Mindestentleerungsvolumen

- (1) Die Festgebühr für Grundstücke, auf denen Abfälle aus privaten Haushalten anfallen, wird für:
 - a. die Vorhalteleistungen für die Erfassung, Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Restabfällen und Bioabfällen sowie Weihnachtsbäumen,
 - b. die Entsorgung illegal abgelagerter Abfälle, soweit dem Abfallentsorgungsverband nach dem BbgAbfBodG die Zuständigkeit obliegt,
 - c. die Vorhalteleistungen und die Leistungen für die Erfassung, Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Sperrmüll und Abfällen aus Metall,
 - d. die Vorhalteleistungen und die Leistungen für die Erfassung von Elektro- und Elektronikgeräten sowie gefährlichen Abfällen in haushaltsüblichen Mengen,
 - e. die Vorhalteleistungen und die Leistungen für die Erfassung und Verwertung von Altpapier/Pappe, soweit diese nicht von den Systembetreibern erfasst werden und
 - f. die Betreuung von Wertstoffhöfen, die Verwaltungsleistungen, die Abfallberatung und die Öffentlichkeitsarbeit erhoben.
- (2) In der Festgebühr für Abfall aus anderen Herkunftsbereichen, sind die:
 - a. Vorhalteleistungen für die Erfassung, Behandlung von Restabfällen und Bioabfällen,
 - b. Verwertung und Beseitigung von Restabfällen und Bioabfällen,
 - c. die Vorhalteleistungen für die Erfassung von gefährlichen Abfällen,
 - d. die Erfassung, Behandlung, Verwertung und Beseitigung von illegal abgelagerten Abfällen,
 - e. die Betreuung von Wertstoffhöfen,
 - f. die Verwaltungsleistungen,
 - g. die Abfallberatung und
 - h. die Öffentlichkeitsarbeit

enthalten.

- (3) Für die Leerung der Restabfallbehälter, Behälter für Bioabfälle und Papierbehälter aus anderen Herkunftsbereichen hat der Gebührenschuldner entsprechend seines Bedarfs, Leistungsgebühren zu entrichten.
Die Leistungsgebühr beinhaltet die Kosten für die Erfassung, Behandlung, Verwertung und Beseitigung von
- a) Restabfällen ,
 - b) Bioabfällen,
 - c) Papierabfällen.
- Die Anzahl der Leerungen der Behälter für Restabfälle und Bioabfälle werden anhand eines am Sammelfahrzeug und am Behälter installierten Identifizierungssystems ermittelt und über das Kalenderjahr elektronisch erfasst.
- (4) Es wird bei Grundstücken, auf denen Abfälle aus privaten Haushalten anfallen, mindestens eine Leistungsgebühr für Restabfall - dem Mindestentleerungsvolumen – in Höhe von 156 Litern pro mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldeter Person und Kalenderjahr erhoben. Diese Gebühr wird auch dann erhoben, wenn ein geringeres oder kein Entleerungsvolumen in Anspruch genommen wird.

§ 5

Gebührenbemessung

- (1) Die Benutzungsgebühren werden als Fest- und Leistungsgebühren erhoben. Die Bemessung für die Gebührenberechnung der Abfallentsorgung erfolgt für die Festgebühren bei Grundstücken, auf denen Abfälle aus privaten Haushalten (Wohngrundstücken) anfallen, nach der Anzahl der melderechtlich mit Haupt- oder Nebenwohnsitz erfassten Personen je Grundstück. Die Festgebühr für andere Herkunftsbereiche (z.B. Gewerbetreibende, öffentliche Einrichtungen, Vereine, Selbstständige und Freiberufler) richtet sich nach Anzahl und Größe der bereitgestellten Abfallbehälter. Die Leistungsgebühren für Wohngrundstücke werden nach der Anzahl der Leerungen und der Größe der bereitgestellten Gefäße bemessen. Neben der Fest- und Leistungsgebühr werden Mietgebühren für die Bereitstellung der in § 6 Abs. 7 und Abs. 19 aufgeführten Abfallbehälter erhoben.
- (2) Stichtag für die Feststellung der auf dem Grundstück mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldeten Personen ist der 01.01. des jeweiligen Veranlagungsjahres. Veränderungen während des laufenden Jahres sind durch den Gebührenschuldner dem Abfallentsorgungsverband spätestens bis zum 31.12. des laufenden Jahres unverzüglich in Textform mitzuteilen und nachzuweisen. Werden Grundstücke nach dem Stichtag, 01.01. d. lfd. Jahres angeschlossen, so gilt als Stichtag der Tag, an dem die Gebühr entsteht.
- (3) Ist für ein Wohngrundstück oder eine vergleichbare Anfallstelle keine Person einwohnermelderechtlich mit einem Haupt- oder Nebenwohnsitz erfasst, wird aber ein Abfallbehälter auf dem Grundstück vorgehalten, so ist für diesen Zeitraum die Festgebühr für eine Person zu entrichten. Werden alle Personen abgemeldet, wird aber weiterhin ein Abfallbehälter vorgehalten, ist ebenfalls die Festgebühr für eine Person zu entrichten. Der Gebührenschuldner hat dem Abfallentsorgungsverband Beginn und Ende der Nutzungsunterbrechung unverzüglich anzuzeigen.
- (4) Die Entsorgung nur saisonal genutzter Einrichtungen wie Campingplätze, Erholungsgrundstücke und Kleingärten erfolgt in der Regel vom 01.04. bis 30.09. des jeweiligen

Jahres. Die Berechnung der Gebühr erfolgt zeitanteilig nach den Kalendermonaten der Möglichkeit der Inanspruchnahme.

- (5) Die Gebührenberechnung für die Annahme und Entsorgung von Abfällen auf den Wertstoffhöfen des Abfallentsorgungsverbandes, am Schadstoffmobil oder an den stationären Annahmestellen für Schadstoffe erfolgt jeweils auf Grundlage der in der Anlage 2 zur Abfallgebührensatzung genannten Maßstäbe unter Zugrundelegung der tatsächlich angelieferten Menge. Die Anlage 2 ist Bestandteil dieser Satzung. Wird der Gebührenberechnung das Gewicht zugrunde gelegt, werden die Abfälle verwogen. Wird der Gebührenbemessung das Volumen zugrunde gelegt, wird das Volumen durch Messung vom Anlagenpersonal ermittelt.
- (6) Soweit der Abfallentsorgungsverband die für die Festsetzung der Gebühr erforderlichen Grundlagen nicht mit einem vertretbaren Aufwand ermitteln kann, wird die Gebühr geschätzt. Der Verband berücksichtigt dabei alle Umstände, die für die Schätzung von Bedeutung sind und hört vor der Festsetzung der Gebühren den Gebührenschuldner an.

§ 6 Gebührensätze

- (1) Die Festgebühr für Wohngrundstücke beträgt 37,32 €/Jahr für jede auf dem Grundstück mit amtlichem Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldete Person.
- (2) Bei Wohngrundstücken wohnungsbewirtschaftender Betriebe, bei denen sich die Anzahl der Bewohner je Grundstück nicht ermitteln lässt, werden einheitlich 2,2 Personen je Wohnungseinheit zugrunde gelegt. Der Gebührensatz nach Absatz 1 findet Anwendung.
- (3) Die Leistungsgebühr für Restabfall von privaten Haushalten beträgt je Leerung für

einen 80 l Restabfallbehälter	3,30 €,
einen 120 l Restabfallbehälter	4,95 €,
einen 240 l Restabfallbehälter	9,90 €.

Die Gebühr für das Mindestentsorgungsvolumen beträgt 0,04 €/Liter.

- (4) Alternativ besteht für private Haushalte die Möglichkeit, die Leistungsgebühren für Restabfall mit einem festgelegten Leerungszyklus pauschal zu entrichten. Die Gebührensätze betragen für jedes Jahr:

Restabfallbehälter Liter	14-tägliche Entleerung	wöchentliche Entleerung	zweimal wöchentli- che Entleerung
80	85,92 €		
120	123,60 €		
240	239,40 €		
660	478,20 €	953,88 €	1.883,76 €
1 100	805,20 €	1.610,28 €	3.256,44 €

- (5) Für die Entsorgung von Restabfällen aus anderen Herkunftsbereichen sind folgende Gebühren zu entrichten:

Restabfallbehälter Liter	Entsorgungsintervall	Festgebühr €/Jahr	Leistungsgebühr €/Jahr	Gesamtgebühr €/Jahr
80	4-wöchentlich	29,28 €	42,96 €	72,24 €
80	14-täglich	48,36 €	85,92 €	134,28 €
120	14-täglich	56,52 €	123,60 €	180,12 €
240	14-täglich	97,56 €	239,40 €	336,96 €
660	14-täglich	310,08 €	478,20 €	788,28 €
660	wöchentlich	671,52 €	953,88 €	1.625,40 €
1 100	14-täglich	540,96 €	805,20 €	1.346,16 €
1 100	wöchentlich	894,72 €	1.610,28 €	2.505,00 €
1 100	zweimal wöchentlich	1.364,76 €	3.256,44 €	4.621,20 €

- (6) Für die Entsorgung von Papierabfällen aus anderen Herkunftsbereichen sind folgende Gebühren zu entrichten:

Papierabfallbehälter Liter	Entsorgungsintervall	Leistungsgebühr €/Jahr
240	4-wöchentlich	19,20 €
1 100	14-täglich	175,56 €
1 100	wöchentlich	351,12 €
1 100	4-wöchentlich	87,84 €

Der Abfallentsorgungsverband erhebt bei Festsetzung der in Satz 1 genannten Gebühren zusätzlich die jeweils geltende gesetzliche Umsatzsteuer.

- (7) Die Mietgebühr für Abfallbehälter beträgt für

Müllgroßbehälter 1 100 l	11,03 €/Behälter/Monat,
Presscontainer 10 m ³	190,92 €/Behälter/Monat,
Presscontainer 20 m ³	236,76 €/Behälter/Monat.

- (8) Die Leistungsgebühr für die Leerung eines Müllgroßbehälters (MGB 1 100 l) für Restabfall beträgt je Leerung 51,63 €.
- (9) Für den Transport von Containern kleiner/gleich 20 m³ beträgt die Gebühr: 154,32 € pro Abholung und von Containern ab 20 m³: 244,32 € pro Abholung.
- (10) Im Fall der Entsorgung von Sperrmüll und Restabfall über Container nach Abs. 9 beträgt die Gebühr für die Entsorgung von Sperrmüll 234,24 €/Mg, die Gebühr für die Entsorgung von Restabfall: 201,36 €/Mg. Für die Entsorgung von Sperrmüll, Elektro- und Elektronikgeräten und Abfällen aus Metall aus anderen Herkunftsbereichen beträgt die

Gebühr bei der Entsorgung über Container 23,42€/m³.

- (11) Die Gebühr für die Entsorgung von Bioabfall beträgt je Leerung bei

einem 120 l Bioabfallbehälter	2,52 € und
einem 240 l Bioabfallbehälter	3,78 € .

- (12) Die Gebühr für einen 70 Liter Restabfallsack beträgt 3,40 € je Restabfallsack. Die Gebühr für einen 80 Liter Laubsack beträgt 3,20 € je Laubsack.

- (13) Die Gebühr für die Inanspruchnahme eines Wunschtermins zur Sperrmüllabholung oder des Eilservices beträgt 120,00 € je Anfahrt. Die Gebühr für die Inanspruchnahme eines Wunschtermins zur Altmetal- und Elektro- und Elektronikgeräteabholung oder des Eilservices beträgt 65,00 € je Anfahrt.

- (14) Für die Bereitstellung von jeweils bis zu 7 Tagen und für jeden An- und Abtransport eines Containers für die Entsorgung von Sperrmüllmengen über 6 m³ beträgt die Gebühr

bis einschließlich 20 m ³	154,32 € und
ab 20 m ³	244,32 €.

- (15) Die Gebühr für die Inanspruchnahme von Sonderabholungen, z. B. gefährlicher Abfälle, vom Abfallbesitzer beträgt 65,00 € je Anfahrt. Die Entsorgungskosten sind in dieser Gebühr nicht enthalten und werden gesondert erhoben.

- (16) Für den Verlust oder die Beschädigung von Abfallbehältern gem. § 27 Abs. 1 Abfallentsorgungssatzung werden folgende Gebühren erhoben:

Behälter 80 l	38,67 € je Behälter
Behälter 120 l	38,67 € je Behälter
Behälter 240 l	46,47 € je Behälter
Behälter 660 l	178,11 € je Behälter
Behälter 1 100 l	242,79 € je Behälter

- (17) Für jede durch den Anschlusspflichtigen verschuldete erfolglose Anfahrt wird eine Gebühr in Höhe von 32,50 € erhoben.

- (18) Für unzulässig mit Restabfall befüllte Abfallbehälter wird die entsprechende Leistungsgebühr für Restabfall entsprechend Abs. 3 und 5 berechnet. Diese erhöht sich um die Gebühr nach Abs. 15 je Anfahrt, sofern die gesonderte Anfahrt des Grundstücks erforderlich ist.

- (19) Für die Sammlung von Abfällen aus medizinischen Einrichtungen (Abfallschlüsselnummern 180101, 180104, 180201 und 180203) in Großcontainern größer 1 100 l und deren Entsorgung in einer Abfallbehandlungsanlage sind 206,61 €/Mg zu entrichten. Für die Bereitstellung der Container gelten die Mietgebühren nach Abs. 7 entsprechend. Für den Transport werden Gebühren nach Abs. 9 erhoben.

- (20) Für die Entsorgung von Abfällen aus medizinischen Einrichtungen (Abfallschlüsselnummern 180101, 180104, 180201 und 180203) werden folgende Gebühren bei einem 14-täglichen Entsorgungsintervall erhoben:

240 l Abfallbehälter	522,96 €/Jahr
660 l Abfallbehälter	931,68 €/Jahr
1 100 l Abfallbehälter	1.348,80 €/Jahr

- (21) Für die Einwegbox (VAT-Behälter) zur Entsorgung von Abfällen aus medizinischen Einrichtungen beträgt die Gebühr 53,10 € pro Behälter.
- (22) Für die Annahme und Entsorgung von Abfällen auf den Wertstoffhöfen des Abfallentsorgungsverbandes und die Annahme und Entsorgung von gefährlichen Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen am Schadstoffmobil oder den stationären Annahmestellen für Schadstoffe und von privaten Haushalten bei mehr als 30 kg bzw. 30 l an den stationären Annahmestellen werden die in der Anlage 2 zur Abfallgebührensatzung bezeichneten Gebühren erhoben.

§ 7 Vorauszahlungen

- (1) Auf die Gebühr nach § 6 Abs. 3 und Abs. 8 werden Vorauszahlungen erhoben, wenn ein Abfallbehälter vorgehalten wird. Die Vorauszahlungen berechnen sich nach der Leerungsanzahl des Restabfallbehälters im vorangegangenen Erhebungszeitraum. Die Vorauszahlungen für das Mindestentleerungsvolumen nach § 6 Abs. 3 berechnen sich nach der Leerungsanzahl der Restabfallbehälter im vorangegangenen Erhebungszeitraum und den zum Stichtag 01.01. melderechtlich mit Haupt- oder Nebenwohnsitz erfassten Personen. Für neu aufgestellte Restabfallbehälter wird eine Vorauszahlung im Wert von 5 Entleerungen berechnet.
- (2) Für die Gebühr nach § 6 Abs. 11 werden Vorauszahlungen erhoben, wenn ein Bioabfallbehälter vorgehalten wird. Die Vorauszahlungen berechnen sich nach der Leerungsanzahl der Bioabfallbehälter im vorangegangenen Erhebungszeitraum. Es wird mindestens ein Wert von 3 Entleerungen zugrunde gelegt.
- (3) Der Betrag für die Vorauszahlungen von Restabfallbehältern ergibt sich aus der Anzahl der Behälterentleerungen im vorangegangenen Erhebungszeitraum multipliziert mit den Gebührensätzen des jeweiligen Behältervolumens nach § 6 Abs. 3 und 8. Bei der Berechnung der Vorauszahlungen für die Biotonne werden die Gebührensätze nach § 6 Abs. 11 angewendet.

§ 8 Fälligkeit der Gebührenschuld

- (1) Die Gebühren nach § 6 Abs. 1, Abs. 4, Abs. 5, Abs. 7 und Abs. 20 werden durch Gebührenbescheid vom Abfallentsorgungsverband festgesetzt und sind in zwei Teilbeträgen zum 01.04. und 01.10. des Jahres fällig.
- (2) Die Gebühren nach § 6 Abs. 6, Abs. 9, Abs. 10, Abs. 13 bis Abs. 19 und Abs. 21 werden durch Gebührenbescheid festgesetzt und sind 14 Tage nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (3) Auf die Gebühren nach § 6 Abs. 3, 8 und 11 werden im laufenden Jahr Vorauszahlungen nach § 7 erhoben. Diese werden durch Jahresgebührenbescheid festgesetzt und sind in zwei Teilbeträgen zum 01.04. und 01.10. des Jahres fällig. Nach Ablauf des Erhebungszeitraumes (Kalenderjahres) wird die Gebührenhöhe unter Heranziehung der tatsächlich

durchgeführten Leerungen im Erhebungszeitraum ermittelt und mit der ersten Gebüh-
renrate des Folgejahres verrechnet. Diese wird am 01.04. des Jahres fällig.

- (4) Sind die Gebühren nach § 6 Abs. 1, Abs. 4, Abs. 5, Abs. 7 und Abs. 20 vor dem 15.03.
noch nicht festgesetzt, werden sie zum 01.10. in voller Höhe fällig. Sind sie vor dem
15.09. noch nicht festgesetzt, werden sie 14 Tage nach Bekanntgabe des Gebühren-
bescheides fällig.
- (5) Die Gebühr für den Erwerb von Laubsäcken und Abfallsäcken nach § 6 Abs. 12 wird
mit dem Erwerb derselben durch den Gebührenschuldner fällig.
- (6) Die Gebühren für die Annahme und Entsorgung von Abfällen an den Wertstoffhöfen des
Abfallentsorgungsverbandes nach § 6 Abs. 22 werden zum Zeitpunkt der Abgabe der
Abfälle fällig und sind sofort zu begleichen.

Abschnitt 2 Allgemeine Vorschriften

§ 9 Ermäßigung von Abfallgebühren

- (1) Auf schriftlichen Antrag des Gebührenschuldners kann die Festgebühr für das vorange-
gangene Jahr nach § 6 Abs. 1 und die Leistungsgebühr nach § 6 Abs. 4 für Personen,
die mehr als sechs aufeinander folgende Monate von ihrem Haupt- oder Nebenwohnsitz,
insbesondere aus Gründen des Berufes, der Ausbildung und des Studiums, abwesend
sind, um 50 % ermäßigt werden.
- (2) Der vorstehende Antrag ist unter Angabe des Grundes sowie Vorlage geeigneter Nach-
weise hinsichtlich der Abwesenheit (Absatz 1) oder der Unbilligkeit (Absatz 2) beim

Abfallentsorgungsverband
Schwarze Elster
Hüttenstraße 1 c
01979 Lauchhammer

bis zum 10. Februar des laufenden Jahres einzureichen.

§ 10 Auskunfts- und Mitteilungspflichten

- (1) Die Gebührenschuldner haben dem Abfallentsorgungsverband die für die Gebührenbe-
messung und Gebührenberechnung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Veränderungen der Anzahl der auf dem Grundstück gemeldeten Personen während des
laufenden Jahres sind durch den Gebührenschuldner dem Abfallentsorgungsverband
Schwarze Elster spätestens bis zum 31.12. des laufenden Jahres schriftlich mitzuteilen
und nachzuweisen.

§ 11 Unterbrechung der Entsorgung

Bei vorübergehender Einschränkung, Unterbrechung oder Verspätung der Abfallentsorgung infolge höherer Gewalt, durch Betriebsstörungen, betriebsnotwendige Arbeiten, Streiks, Feiertage, behördliche Verfügung, Pandemien oder bei Verlegung des Zeitpunktes der Abfallentsorgung hat der Gebührenschuldner keinen Anspruch auf Erlass, Ermäßigung oder Rückerstattung von Gebühren.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 KAG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- als Gebührenschuldner entgegen § 10 Abs. 1 dem Abfallentsorgungsverband die für die Gebührenbemessung und Gebührenberechnung erforderlichen Auskünfte trotz Aufforderung nicht erteilt;
 - als Gebührenschuldner entgegen § 10 Abs. 2 Veränderungen der Anzahl auf dem Grundstück gemeldeten Personen während des laufenden Jahres nicht spätestens bis zum 31.12. des laufenden Jahres dem Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster schriftlich mitteilt und nachweist.
- (2) Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 1 können mit einer Geldbuße von bis zu 5.000,00 Euro geahndet werden. Auf die weitergehenden Straf- und Ordnungswidrigkeitstatbestände der §§ 14 und 15 KAG wird verwiesen.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung im Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster in der Fassung vom 28. Oktober 2020 außer Kraft.

Lauchhammer den 15. November 2023


Dr. Bernd Dutschmann
Verbandsvorsteher



Anlage 1 zur Abfallgebührensatzung

Wertstoffhöfe im Verbandsgebiet des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster

1. Wertstoffhof Finsterwalde
Auf dem Gelände der Fröschke FILA
GmbH
Am Holländer 19
03238 Finsterwalde
2. Wertstoffhof Lauchhammer
IKW-Straße 16-18
01979 Lauchhammer
3. Wertstoffhof Hörlitz
An der Hochkippe 3
01968 Hörlitz
4. Wertstoffhof Freienhufen
Bergmannstraße 44
01983 Freienhufen
5. Wertstoffhof Herzberg
Recycling-Center-Zauchwitz GmbH
Betriebsstätte Herzberg
Osterodaer Straße 10
04916 Herzberg
6. Wertstoffhof Bad Liebenwerda
Wuerth Baumaschinen GmbH
Torgauer Straße 79
04924 Bad Liebenwerda

Anlage 2 zur Abfallgebührensatzung

1. Gebühren für die Annahme von Abfällen auf den in der Anlage 1 der Abfallgebührensatzung benannten Wertstoffhöfen

Abfallschlüsselnummer	Betriebsinterne Bezeichnung	Gebühr in €/t	Gebühr in €/m ³
200301	Restabfällen	201,36	50,34
200307	Sperrmüll (bei einer Menge von mehr als 6 m ³)	234,24	23,42

Pauschalpreis für Kleinstmengen < 20 kg

Abfallschlüsselnummer	Betriebsinterne Bezeichnung	Gebühr in €/Anlieferung
200301	Restabfällen	4,03

2. Gebühr für die Annahme von Papier aus anderen Herkunftsbereichen auf den in Anlage 1 der Abfallgebührensatzung benannten Wertstoffhöfen

Gebühr in €/m³

Papier, Pappe, Kartonagen aus anderen Herkunftsbereichen	6,12
--	------

Der AEV erhebt bei Festsetzung der in der Tabelle zu 2. genannten Gebühr zusätzlich die jeweils geltende gesetzliche Umsatzsteuer.

3. Gebühren für die Annahme und Entsorgung von Schadstoffen aus anderen Herkunftsbereichen sowie von privaten Haushalten bei Mengen über 30 kg bzw. 30 l

Gebühr in €/kg

Gruppe 1	2,85
Chemikalien (Säuren, Basen, Laugen u.a.)	
Fotochemikalien	
Pestizide	
Haushaltsreiniger, Waschmittel, Körper- und Autopflegemittel, Desinfektionsmittel	
Arzneimittel	

Gebühr in €/kg

Gruppe 2	1,55
Farben, Klebstoffe, Kunstharze, Kaltanstrich	
Lösemittel	

Gebühr in €/kg

Gruppe 3	0,95
Verunreinigte Öle und Fette	
Ölverschmierte Betriebsmittel	
Speiseöle- und fette	

Gebühr in €/kg

Gruppe 4	22,61
Quecksilberhaltige Rückstände	

Gebühr in €/kg

Gruppe 5	4,30
Gase in Druckbehältern (Spraydosen, Feuerlöscher etc.)	

Gebühr in €

Anfahrtpauschale Abholung	65,00
Stundensatz bei Abholung, Kosten je 30 Minuten Einsatz	40,00

**Bekanntmachung der Entgeltordnung für die Abfallentsorgung
auf den Wertstoffhöfen des Abfallentsorgungsverbandes
Schwarze Elster (Entgeltordnung Wertstoffhöfe)**

Die Verbandsversammlung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster hat in ihrer Sitzung am 15. November 2023 die Zweite Änderung der Entgeltordnung für die Abfallentsorgung auf den Wertstoffhöfen des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Entgeltordnung Wertstoffhöfe) beschlossen.

Die nachstehende Entgeltordnung für die Abfallentsorgung auf den Wertstoffhöfen des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Entgeltordnung Wertstoffhöfe) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die in der Kommunalverfassung enthalten oder aufgrund der Kommunalverfassung erlassen worden sind, unbeachtlich ist, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung gegenüber dem Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die den Mangel ergibt, geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschrift über die Genehmigung oder die öffentliche Bekanntmachung der Satzung verletzt worden ist.

Lauchhammer, 20. Dezember 2023

gez.
Dr. Bernd Dutschmann
Verbandsvorsteher

Zweite Änderung der Entgeltordnung Wertstoffhöfe des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster

Auf der Grundlage des § 9 des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes (BbgAbfBodG) vom 6. Juni 1997 (GVBl. I/97, Nr. 05, S. 40), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Januar 2016 (GVBl. I/16, Nr. 05, S. 5), des § 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I/04, Nr. 08, S.174), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I/19, Nr. 36, S. 1) sowie § 32 der Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallentsorgungssatzung) vom 15. November 2023 hat die Verbandsversammlung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster in ihrer Sitzung am 15. November 2023 die Zweite Änderung der Entgeltordnung Wertstoffhöfe des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster beschlossen:

Artikel 1

Die Entgeltordnung Wertstoffhöfe des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster wird wie folgt geändert:

1. Anlage zur Entgeltordnung Wertstoffhöfe wird wie folgt ergänzt:


Abfallschlüsselnummer	Betriebsinterne Bezeichnung	Entgelt	Entgelt
170302	Wellbitumenplatten	798,32 €/t	239,50 €/m ³

2. (Die angegebenen Entgelte sind Nettobeträge und werden zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer erhoben.)

Artikel 2

Diese Entgeltordnung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Lauchhammer, 20. Dezember 2023


Dr. Bernd Dutschmann
Verbandsvorsteher

